

## AUSZÜGE VON Bildungsreform: Unterrichtsausschuss stellt erste Weichen:

### Streitfall Sprachstandfeststellung im Kindergarten

Ein zentraler Kritikpunkt seitens der Oppositionsfraktionen ist, mit der derzeitigen **Ressourcenlage in Kindergärten** sei der professionell begleitete Übergang in die Volksschule schwer möglich. Die Grünen verlangten zur in der Vorlage verankerten Sprachstandfeststellung im Kindergarten, die der Vorbereitung der schulischen Förderung dient, eine getrennte Abstimmung. Ihre Ablehnung der angedachten Vorgangsweise – die laut Bildungssprecher Harald Walsper (G) mangels ausreichend geeigneter KindergartenpädagogInnen schwer zu realisieren ist – erhielt allerdings nur von den anderen Oppositionsparteien Unterstützung. Für einen fließenden Übergang zwischen Kindergarten und Volksschule brauche es jedenfalls **gleichwertige Ausbildung und Bezahlung** von ElementarpädagogInnen und Lehrkräften sowie eine Verankerung der **Elementarpädagogik-Agenden im Bildungsministerium** ( [1535/A\(E\)](#)), bekräftigten die NEOS mit einem Antrag die Einwendungen der Grünen; der Antrag wurde aber von der Koalitionsmehrheit vertagt.

Man dürfe die **Bundesländerkompetenz** im Kindergartenbereich bei solchen Überlegungen nicht vergessen, mahnte ÖVP-Abgeordneter Asdin El-Habbassi. Wie seine Parteikollegin Brigitte Jank und SPÖ-Mandatar Erwin Preiner hob Habbassi die Novellierung der Sprachförderung grundsätzlich als ausgesprochen wichtig zur gesellschaftlichen und beruflichen Teilhabe aller SchülerInnen hervor. "**Früher investieren statt später reparieren**", formulierte Bildungssprecherin Jank als Motto der Regierungsvorlage, die zur Kompetenzsicherung am Arbeitsmarkt beitrage.

Zur Erleichterung des Wechsels vom Kindergarten in die Schule plant die Regierung im letzten verpflichtenden Kindergartenjahr eine gezielte Sprachförderung, die im ersten Schuljahr unmittelbar weitergeführt wird. Als Grundlage für die individuelle Förderung sollen die **Eltern bei der Schuleinschreibung ihres Kindes Unterlagen vorlegen**, in denen **vom Kindergarten die Entwicklung** der angehenden ErstklässlerInnen **dokumentiert** ist. **Inwieweit Eltern, die keine Dokumentation ihres Kindes vorweisen, künftig Verwaltungsstrafen drohen**, gab Walter Rosenkranz (F) zu bedenken – und regte an, die Daten direkt vom Kindergarten an die Schulen übermitteln zu lassen. Die in der Vorlage angedachte Form des Datenaustauschs zwischen dem Kindergarten "als erste Bildungseinrichtung" und der Volksschule sei ganz entscheidend, unterstrich wiederum Daniela Holzinger-Vogtenhuber (S). Zumal der Schuleintritt "keine akute Zäsur" für die Kinder mehr bedeuten werde, fügte Grossmann an. Preiner zeigte sich überaus erfreut, dass zahllose Schulversuche zur Schuleingangsphase nun nicht mehr weitergeführt werden müssten.

Raphaela Keller  
Vorsitzende des ÖDKH

1160 Wien, Thaliastr.130/12  
+43 69919220503  
[office@oedkh.at](mailto:office@oedkh.at)  
[www.oedkh.at](http://www.oedkh.at)